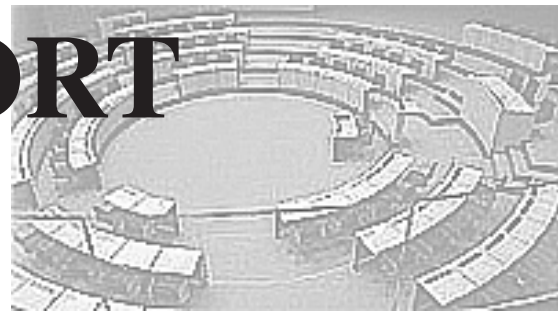


PARLAMENTSREPORT

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag



Kahlschlag bei sozialer und kultureller Infrastruktur verhindern

DIE LINKE schlägt Alarm: Finanznot bedroht Handlungsfähigkeit der Kommunen

Das bisherige Verfahren zur Finanzierung kommunaler Aufgaben hat viele Thüringer Kommunen in eine gefährliche Sackgasse manövriert: Von Jahr zu Jahr bekommen sie mehr Aufgaben vom Land übertragen – ohne annähernden finanziellen Ausgleich. Dazu kommt ein erheblicher Einbruch der Einnahmen u. a. aus der Gewerbesteuer. Bislang wissen viele Kommunen nicht, mit welchen Geldern sie vom Land rechnen können.

„Von einer vernünftigen Finanzplanung kann vielerorts nicht die Rede sein. Damit in diesem Jahr nicht der Kahlschlag bei sozialer und kultureller Infrastruktur droht, muss jetzt reagiert werden“, sagte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Die Kommunen müssten jetzt selbst den Druck auf die abwartende Landesregierung deutlich erhöhen. Dabei wird die LINKE den Kommunen zur Seite stehen, denn kommunale Aufgaben müssen angemessen finanziert werden.

Dazu berät die Linksfraktion am 14. Januar im Landtag zusammen mit Kommunalpolitikern. „Die Landesregierung muss sich auf einen heißen Winter einstellen. Die Gemeinden und Städte und ihre Bürger dürfen nicht die Verlierer der Krise sein. Dabei sind die Thüringer Kommunen bereit, sich den Herausforderungen zu stellen. Doch aus eigener Kraft können sie nicht die Einnahmeausfälle in Millionenhöhe schul-

tern“, betonte der LINKEN-Politiker und verwies auf die Verantwortung der Landesregierung: „Der neuen Gesprächskultur müssen jetzt konkrete Taten und Maßnahmen folgen.“ Schließlich enthalte die Landesregierung mit fragwürdigen Rechenstricks beim Kommunalen Finanzausgleich den Thüringer Kommunen jährlich nahezu 350 Millionen Euro vor.

Diese seien zudem belastet durch die asoziale Klientel-Politik des Bundes, die vom Freistaat seit zehn Jahren kritisklos mitgetragen wurde und zu Steuerausfällen in Größenordnung führt. „Durch das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz müssen die Thüringer Städte und Gemeinden mit einem Steuereinnahmeverlust in Höhe von rund 60 Millionen Euro rechnen“, sagte der Kommunalpolitiker der Linksfraktion Frank Kuschel. Er wie auch MdL Heidrun Sedlacik, wohnungspolitische Sprecherin, kritisierten erneut, dass immer noch ungeklärt ist, in welchem Umfang sich der Bund an den Kosten der Unterkunft für Hartz IV-Bezieher beteiligen wird. Obwohl hier mit Mehrausgaben für die Thüringer Städte und Landkreise von knapp 20 Millionen Euro gerechnet wird, will der Bund seinen Anteil um zehn Millionen Euro kürzen. Das würde für die Thüringer Kommunen in Summe 30 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben bedeuten.

„Nun steht vielerorts die Handlungs-

fähigkeit der kommunalen Daseinsvorsorge und -fürsorge auf dem Spiel“, erklärte Bodo Ramelow. „Wer den Kommunen ständig weitere Aufgaben überträgt, muss auch dafür sorgen, dass diese ordentlich finanziert werden können. Alles andere ist verantwortungslos.“ Das betreffe auch Ankündigungen des CDU-Fraktionschefs Mike Mohring, der im Zusammenhang mit der Entwicklung des Landeshaushaltes von einem Rückgang der Zuweisungen an die Kommunen gesprochen hatte.

„Wir müssen davon wegkommen, dass kommunale Daseinsvorsorge nach Kassenlage gemacht wird. Wer will, dass kontinuierlich Jugendclubs, Museen und Bibliotheken arbeiten können, muss ihre Tätigkeit auf eine verlässliche Grundlage stellen“, forderte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Und die Sprecherin für Kulturpolitik, Dr. Birgit Klaubert, nannte vor allem die Breiten- und Jugendkultur und schlug eine „der Kulturraumförderung adäquate Lösung“ vor, wie sie auch der Oberbürgermeister von Erfurt gefordert hatte. Kurzfristig müssten unbedingt die akut bedrohten Kultureinrichtungen abgesichert werden, „und dabei steht das Land in der besonderen Verantwortung. Gerade jugendkulturelle Einrichtungen, die mehr sind als reine Theaterspielstätten – wie das Erfurter Jugendtheater Die Schotte –, bedürfen auch eines besonderen Schutzes vor allem in Krisenzeiten“, unterstrich die Landtagsabgeordnete. ■

KOMMENTIERT:

von Matthias Bärwolff

Gutschein-Mogelpackung

Es hatte zu Recht allseits scharfe Kritik gehagelt auf den Vorschlag der FDP-Politikerin Cornelia Pieper, die nächste Kindergelderhöhung als Bildungsgutscheine auszuzahlen.

Dabei möchte ich betonen, dass eine Neuorientierung in der Kinderpolitik dringend notwendig ist. Das Austreten falscher Pfade führt jedoch nicht weiter.

Die Debatte um mögliche Bildungsgutscheine für Kinder macht vor allem zwei fatale Entwicklungen deutlich: Erstens sind Bildungseinrichtungen wie Kindergärten völlig unterfinanziert und frühkindliche Bildung ist nicht für alle Kinder gleichermaßen gewährleistet.

Zweitens ist Bildung ein Grundrecht. Es ist die Pflicht des Staates, für eine angemessene Bildung zu sorgen. Mit Bildungsgutscheinen wird aber den Kindern etwas Selbstverständliches als zusätzliche Leistung verkauft.

Statt den untauglichen Versuch zu unternehmen, mit immer neuen zusätzlichen Leistungen Fehler in der Kinderpolitik ausgleichen zu wollen, müsste endlich und ernsthaft über eine Kindergrundsicherung nachgedacht werden. Diese muss armutsfest sein und allen Kindern das soziokulturelle Existenzminimum gewährleisten.

DIE LINKE im Thüringer Landtag fordert die Landesregierung auf, dazu im Bundesrat entsprechende Anträge zu stellen. Die verschiedenen Förderinstrumente, wie Kinderfreibeträge und Ehegattensplitting, die als Leistungen der Kinderförderung firmieren, sollten zusammengefasst und in eine Kindergrundsicherung für alle Kinder fließen. Mit den übrigen Mitteln müssen Kindertageseinrichtungen sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen für Kinder freigestellt werden.

Gerade die neuesten Zahlen zur bundesweiten Kinderarmut mit über drei Millionen in Armut lebenden Kindern zeigen, dass Kinderarmut effektiv bekämpft werden muss und dass es ein generelles Umsteuern geben muss. Auch die Thüringer Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht hat den Kampf gegen Kinderarmut auf die Fahnen geschrieben. Sie sollten ihren Reden endlich auch Taten folgen lassen. ■

AKTUELL

Landesverband für „Mehr Demokratie“

Nachdem das zu Ende gegangene Jahr zum Jahr der Demokratie ausgerufen worden war, müsse auch 2010 mit einer „Demokratie-Offensive“ begonnen werden, forderte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

„Demokratie ist dann keine Worthülse, wenn sie gelebt und weiter entwickelt wird. Dazu gehört auch, dass alle Möglichkeiten direkter demokratischer Beteiligung gefördert werden.“ Als ein erstes unterstützenswertes Vorhaben im neuen Jahr bezeichnete der LINKEN-Politiker die Gründung eines Landesverbandes Thüringen im Mehr Demokratie e.V. (Die Gründungsversammlung findet am 16. Januar in

Neudietendorf bei Erfurt, 10 Uhr Zinzendorfsaal, statt).

Bodo Ramelow erinnerte an die in den vergangenen Jahren gemeinsam mit dem Bündnis „Für mehr Demokratie in Thüringen“ entwickelten Konzepte. „Viele Fortschritte auf dem Weg zu mehr Demokratie in Thüringen wurden in Zusammenarbeit mit dem Bündnis errungen.“ Künftig müssten die Bürger auch stärker und maßgeblich bei der Verwendung von Finanzen einbezogen werden.

„Einerseits müssen die Erfahrungen der einzelnen freiwillig betriebenen Projekte zum Bürgerhaushalt auf Landesebene gebündelt und in ein landesweites Projekt umgewandelt werden. Andererseits braucht Thüringen auch weitere Fortschritte in Sachen

Bürgerentscheide, wo noch immer zahlreiche Initiativen wegen Haushaltsbarrieren verhindert werden. Wir vertrauen auf die Klugheit der Menschen, dass sie sorgsam mit den Mitteln der Allgemeinheit umgehen. Deshalb wollen wir, dass sie in ihren eigenen Angelegenheiten auch selbst entscheiden können“, erklärte Bodo Ramelow.

Im Namen der Vorbereitungsgruppe zur Gründung des Mehr Demokratie-Landesverbandes hatte Ralf-Uwe Beck auf das in den vergangenen elf Jahren in Thüringen Erreichte – „zwei Volksbegehren sorgten für echte Reformen der direktem Demokratie“ – verwiesen und die Gründung eines eigenen Mehr Demokratie-Landesverbandes als überfällig bezeichnet. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Spende an MUK e.V.

Vor der Veranstaltung Rockwechsel wurde im Stadtjugendhaus „Geschwister Scholl“ in Mühlhausen durch den Landtagsabgeordneten der LINKEN Jörg Kubitzki ein Scheck des Abgeordnetenvereins der Fraktion „Alternative 54 e.V.“ an Mitglieder des MUK e.V. übergeben. Dieser Verein übernimmt die Vorberei-



zung und Durchführung der Rock-Veranstaltungen im Geschwister-Scholl-Heim, führt auch eigene Veranstaltungen durch und gibt Nachwuchsbands die Gelegenheit zu Auftritten. Der Scheck über 300 Euro aus den gespendeten Diätenerhöhungen der Linksfractionäre dient der Unterstützung für das kommende Jahr.

Norbert Mros

NS-Verherrlichung

Als „Ermütigung für die rechts-extreme Szene, noch offener den Nationalsozialismus zu verherrlichen“, bezeichnete MdL Martina Renner die Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage zu rechtsextremistischen Aktivitäten am Volkstrauertag 2009. Sie hatte um eine politische und juristische Bewertung eines Redebeitrages auf einer NPD-Kundgebung zum so genannten Heldengedenken gebeten. Neonazis hatten die Waffen-SS quasi in die Reihen der heute Lebenden zurückgerufen. „Es ist unverantwortlich, wenn die Landesregierung ausführt, dass eine derartige Huldigung der Waffen-SS keinen inhaltlichen Bezug zum Nationalsozialismus aufweist“, erklärte die Innenexpertin der LINKEN und verwies darauf, dass die Vorschriften zum Paragraph 130 des Strafgesetzbuchs (Volksverhetzung) eben ausdrücklich nicht nur die Verharmlosung und die Verherrlichung des Nationalsozialismus unter Strafe stellen, sondern auch schon in der Billigung eine Verhöhnung der Andenken der Opfer sehen. Die Abgeordnete bekräftigte die Einschätzung des Direktors der Gedenkstätte Buchenwald Volkhard Knigge, dass sich das Innenministerium mit seiner Auffassung „ins moralische Abseits“ stelle.

Verheerende Bilanz nach fünf Jahren Hartz IV-Gesetzgebung

MdL Ina Leukefeld: Hartz IV ist entwürdigend und muss überwunden werden

Die so genannten Hartz-Gesetze, vor allem das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene vierte Gesetz, waren Bestandteil der rot-grünen Arbeitsmarktreform. Aus dieser radikalen Reform resultierten einschneidende Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht. Hartz IV steht nicht nur für die Entwicklung von Armut und Unter-versorgung, sondern vor allem für Sozialabbau, Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen, Ausweitung des Niedriglohnssektors, Zunahme der Zeit- und Leiharbeitsverhältnisse, Abbau von Arbeitnehmerrechten und nicht zuletzt für die Zunahme physischer und psychischer Erkrankungen.

Die verheerende Bilanz nach fünf Jahren Hartz IV machte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Linksfraction, Ina Leukefeld, zu Jahresbeginn im Rahmen eines Pressegesprächs deutlich. Sie wandte sich entschieden gegen positive Einschätzungen u.a. von Wirtschaftsinstituten, wie dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, das erklärt hatte: „Das SGB II trägt dazu bei, einer neuerlichen Verfestigung der Langzeitarbeitslosigkeit in der Krise entgegenzuwirken und einen künftigen Wirtschaftsaufschwung beschäftigungsfreundlicher zu gestalten.“

„Diese Einschätzung kann DIE LINKE keinesfalls teilen“, betonte die Ab-

geordnete und stellte fest: „Hartz IV ist gescheitert, Hartz IV ist Armut per Gesetz, Hartz IV ist eine Sackgasse für mindestens Dreiviertel der Betroffenen, Hartz IV schafft keinen Beschäftigungszuwachs, Hartz IV ist eine Armutsfalle, Hartz IV ist entwürdigend und muss überwunden werden!“

Diese Ansicht teilt der Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV). Gegenüber der Thüringer Allgemeinen äußerte der Hauptgeschäftsführer Ulrich Schneider: „Es ist nicht gelungen, Langzeitarbeitslose häufiger in Arbeit zu vermitteln. Die Zahl der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen lag im April 2009 mit 4,93 Millionen beinahe auf dem Niveau der Anfangsmonate von Hartz IV. Im September 2005 waren es demnach 5,15 Millionen. Die Zahl der so genannten Aufstocker, also der Erwerbstätigen, die neben ihrem Arbeitslohn auf Grund-sicherung vom Staat angewiesen sind, lag im April 2009 mit 1,31 Millionen sogar noch etwas höher als 2007 (1,28 Millionen).“

12 Prozent der Thüringer von Hartz IV abhängig

In Thüringen stiegen die Arbeitslosenzahlen zum Jahresende 2009 um 2.700 auf 121.900 an, was zu einer Erhöhung der Arbeitslosenquote um 0,2 Prozent führte. Vergessen werden in der Statistik nicht nur diejenigen, die ergän-

zend zu ihrem geringen Einkommen Unterstützung vom Staat beantragen müssen, sondern regelmäßig auch Beschäftigte in Ein-Euro-Jobs (den Arbeitsgelegenheiten), in Minijobs (geringfügige Beschäftigungen) oder in Umschulungs- und Trainingsmaßnahmen. Äußerst kritisch betrachtet werden muss auch die Tatsache, dass in Thüringen mehr als 60.000 Kinder von Hartz IV betroffen sind, also in Armut aufwachsen. Das ist ein Skandal.

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag fordert mehr öffentlich finanzierte Beschäftigung. So könnten mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Stellen sollen beispielsweise in der Kinderbetreuung, Altenpflege oder im Bereich der sozialen Dienstleistungen entstehen. Bund und Land sollten „Arbeit finanzieren statt Arbeitslosigkeit“. Dazu solle ein Mindestlohn von zehn Euro pro Stunde eingeführt und das im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU angekündigte Landesarbeitsmarktprogramm umgesetzt werden.

Gegenwärtig erhalten zwölf Prozent der Thüringer Bevölkerung Leistungen aus Hartz IV, Tendenz steigend. Im Dezember 2008 waren von den 125.073 registrierten Arbeitslosen in Thüringen 60,7 Prozent (75.935) dem Rechtskreis SGB II, also Hartz IV zuzuordnen. Im Dezember 2009 waren es von den 121.948 Arbeitslosen 65,1 Prozent (79350).

Dolores Hof

„Was hat Kommunal-Kombi mit der Hängematte zu tun?“

Aus dem Protokoll der Landtagsdebatte zur Arbeitsmarktpolitik (Antrag der LINKEN) vom 17.12.09:

Ina Leukefeld, DIE LINKE:

Es ist so, dass das Programm „Kommunal-Kombi“, was ja ein Bundesprogramm war, auslaufen wird zum Jahresende. Nichtsdestotrotz ist der Ansatz ein völlig richtiger, wir haben das damals auch sehr unterstützt, denn das Ziel besteht und bestand darin, zusätzliche versicherungspflichtige Arbeitsplätze in Regionen mit besonders verfestigter Arbeitslosigkeit zu schaffen. (...) Die Alleinregierung der CDU hat das Programm immer abgelehnt. Deshalb gab es in Thüringen, man höre und staune, nur 80 solcher geförderten Stellen, wobei aus diesem 100.000-Stellenprogramm 6.000 für Thüringen möglich gewesen wären. Andere Bundesländer haben das viel besser genutzt: in Sachsen 5.300 Stellen, in Brandenburg 3.500, auch in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg über 1.000 Stellen. (...)

Frau Abgeordnete Holzapfel, geben Sie mir aber recht, dass es gerade im kommunalen Bereich, in der öffentlichen Daseinsvorsorge eine ganze Menge Aufgaben gibt im sogenann-

ten Nonprofitbereich, die die Wirtschaft überhaupt nicht leistet und die derzeit aufgrund der Finanzlage von den Kommunen gar nicht geleistet werden können?

Elke Holzapfel, CDU:

Frau Leukefeld, ein Stückchen muss ich Ihnen schon recht geben, aber ich habe auch einen Punkt benannt, dass es einen Großteil von Langzeitarbeitslosen gibt, die man auf diesen Stellen, die Sie vielleicht im Hinterkopf haben, gar nicht einsetzen kann. (...)

Es bleibt dabei, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit setzt das Vertrauen in die Menschen und unsere Unternehmen voraus. Deshalb brauchen wir eine Stärkung von Wachstum für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung, mit der wir auch um jeden Preis die Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen müssen. Die Erfahrung hat uns gelehrt, der Staat kann am Ende niemals der bessere Unternehmer sein. Lassen Sie uns bitte ein festes soziales Netz knüpfen, aber lassen Sie uns bitte keine Hängematten aufhängen.

(Frank Kuschel: Das ist eine Beleidigung.)

Dirk Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Liebe Kollegin Holzapfel, eines habe

ich jetzt nicht verstanden, was Kommunal-Kombi mit der Hängematte zu tun hat, denn die Leute wollen ja arbeiten gehen und darum wollen wir uns kümmern. (...)

Thomas L. Kemmerich, FDP:

(...) Das ist ein völlig untaugliches Mittel und entspricht immer diesem Gedankengut der Linkspartei, hier wieder staats-eigene Strukturen einzuführen, wie Ihr VEB Strom mit einer Milliarde Geld, die wir da noch gefordert haben – so kommen wir in Deutschland nicht weiter. (...)

Rolf Baumann, SPD:

(...) Wir werden uns auf das arbeitsmarktpolitische Programm „Arbeit für Thüringen“ konzentrieren, welches in der Koalitionsvereinbarung festgeschrieben ist, und werden das auch mit den entsprechenden Partnern abstimmen und noch 2010 nach der Bestätigung des Haushalts damit beginnen. Ziel wird dabei sein, benachteiligten Menschen und ganz im Besonderen Familien mit Kindern Unterstützung anzubieten, damit ihre Chancen einfach erhöht werden, um ihre persönliche Situation zu verbessern. (...)

Fortsetzung auf Seite 8

Armutsrisiko in Thüringen deutlich über dem Bundesdurchschnitt

Linksfraktion würdigte soziales Engagement von Erfurter Vereinen und Verbänden

Das Ressort Soziales der Landtagsfraktion DIE LINKE hatte anlässlich seiner Klausurtagung in Vorbereitung des Plenarjahres 2010 einen Arbeitsbesuch im Restaurant des Herzens der Evangelischen Stadtmission Erfurt durchgeführt. Bei dieser Gelegenheit übergaben die Abgeordneten – im Foto Karola Stange (2.v.l.) und Margit Jung (r.) – mehrere Kisten mit Orangen, Äpfeln und Nüssen.

Die Abgeordneten informierten sich über das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die tagtäglich dafür Sorge tra-

des Herzens besteht, gestiegen. Zurzeit werden zwischen 60 und 80 Personen liebevoll mit einem Frühstücksangebot versorgt. Zum Mittagessen kommen in den Öffnungszeiten von November bis Januar zwischen 170 und 220 Menschen täglich. Karola Stange sagte: „Besonders hat mich überzeugt, dass die Betroffenen sich nicht durch einen Sozialausweis oder eine ARGE-Bescheinigung als bedürftig ausweisen müssen, sondern dass hier die Achtung und die Würde des Menschen im Mittelpunkt stehen. Jeder, der diese Einrichtung besucht, wird aufge-

gehende Renten durch „gebrochene“ Erwerbsbiografien in den zurückliegenden 20 Jahren sowie die Arbeitslosigkeit von Alleinerziehenden.

Wie übrigens neueste Zahlen des Thüringer Landesamtes für Statistik belegen, liegt das Armutsrisiko in Thüringen deutlich über dem Bundesdurchschnitt. 2008 waren im Freistaat 18,5 Prozent der Bevölkerung armutsgefährdet. Das bedeutet, dass sie mit weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Bevölkerung auskommen mussten. Besonders armutsgefährdet sind Erwerbslose und Alleinerziehende.



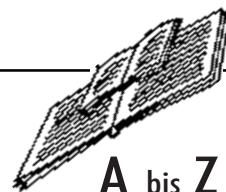
gen, dass in der Zeit von 9.00 bis 11.00 Uhr Bedürftige ein Frühstück erhalten und von 12.00 bis 14.00 Uhr im Restaurant des Herzens ein Mittagessen bereitgestellt wird.

Die Anzahl der Bürgerinnen und Bürger, die sich tagtäglich zum Frühstück einfinden, ist in den zurückliegenden 16 Jahren, seitdem das Café

nommen und für einen kleinen Obolus von 50 Cent je Mahlzeit verpflegt.“

Kritisch sehen die Abgeordneten, dass in den zurückliegenden Jahren immer mehr Rentner, aber auch Alleinerziehende mit Kindern von diesen Angeboten Gebrauch machen müssen. Grund hierfür sind zurück-

Bundesweit sind im Schnitt 14,4 Prozent armutsgefährdet, in den neuen Bundesländern durchschnittlich 19,5 Prozent und in den alten 13,1. Das höchste Armutsrisiko liegt mit 24,0 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern, das niedrigste mit 10,2 Prozent in Baden-Württemberg. ■



A bis Z:

Stiftung FamilienSinn

Sozialministerin Heike Taubert (SPD) will an der umstrittenen Stiftung FamilienSinn festhalten. Die Gründung der Stiftung war im Rahmen der so genannten Familien-Offensive der CDU vor fünf Jahren beschlossen worden. Sie ist mit einem Vermögen von 34 Millionen Euro ausgestattet und verfügt über Zinserträge von rund 1,5 Millionen Euro.

Die Familienpolitikerin der Linksfraktion, Margit Jung, sprach von einem „klaren Bruch zur bisherigen Position der SPD“. Solange die SPD in der Opposition war, wurde die Stiftung von ihr scharf kritisiert und im Wahlprogramm als Fehlentscheidung bezeichnet. Noch kurz vor der Wahl hatte Frau Taubert als damalige kommunalpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion verlauten lassen, dass sie die Rechtmäßigkeit der Stiftung FamilienSinn in Frage stelle. Margit Jung forderte die Ministerin auf, nicht vor CDU-Parteiinteressen einzuknicken, sondern die Stiftung im Sinne der Familien auf den Prüfstand zu stellen.

Im Jahr 2005 seien allein für Familienhilfe und Familienberatung 3,085 Millionen Euro ausgegeben worden. „Hier fehlt viel Geld“, betonte die Abgeordnete. Hinzu komme, dass Stiftungen der direkten Kontrolle des Parlamentes entzogen sind. ■

Wichtige Termine

Landtagssitzungen:

Die ersten Sitzungen des Thüringer Landtags in diesem Jahr finden von Mittwoch, den 27. Januar, bis Freitag, den 29. Januar, statt.

PresseFoto:

Gerade eröffnet wurde die Ausstellung „PresseFoto Hessen-Thüringen 2009“, die bis zum 26. Februar im Thüringer Landtag gezeigt wird. Die von den Landesverbänden Hessen und Thüringen des Deutschen Journalistenverbandes organisierte Schau präsentiert die besten Presse-Fotos des vergangenen Jahres u.a. in den Kategorien Kultur, Sport und Umwelt.

Internet:

Täglich aktuelle Informationen über die Arbeit der Thüringer Landtagsfraktion DIE LINKE sowie ihre parlamentarischen Initiativen sind im Internet abrufbar unter: www.die-linke-thl.de

Museum

„Der jahrelangen Finanznot der Thüringer Museen muss dringend ein Ende gesetzt werden. Die Aussagen der Landesregierung dazu bleiben aber vage und verschlimmern angesichts dramatischer Haushaltslöcher in den Kommunen die Situation für die Träger“, so MdL Dr. Birgit Klaubert. Bisher habe die Landesregierung noch keine Gespräche mit den ca. 200 Museen in Thüringen geführt, obwohl die chronische Unterfinanzierung der Einrichtungen dringend behoben werden muss. Dabei habe Kultusminister Christoph Matschie (SPD) den hier gegebenen dringenden Handlungsbedarf schon länger erkannt und Änderungen angemahnt, „aber da war er noch nicht Minister“. ■

Sozialgerichte

An den Thüringer Sozialgerichten gibt es zurzeit über 23.000 unerledigte Verfahren, Tendenz steigend. 60 Prozent der Klagen beziehen sich auf Hartz-IV-Fragen. Mit Verweis auf einen Antrag der LINKEN zur Überlastung der Sozialgerichte, der nicht zur Weiterberatung in den Justizausschuss überwiesen wurde, mahnte MdL Ralf Hauboldt die Fortführung der parlamentarischen Diskussion an – auch mit Blick auf das im Februar voraussichtlich anstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Frage der Verfassungswidrigkeit der Hartz-IV-Regelungen. „CDU und SPD als Macher und Unterstützer von Hartz IV dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen.“ ■

Tierheime

Immer mehr Tierheime fürchten um ihre Existenz. Wie MdL Frank Kuschel informierte, werden besonders fehlende finanzielle Mittel durch die Gemeinden und Städte beklagt, obwohl die Kommunen per Gesetz für die Unterbringung von herrenlosen Tieren zuständig seien. Für diese Aufgabe erhalten sie jährlich rund 700.000 Euro. Die Verwendung der Mittel werde allerdings nicht durch das Land kontrolliert. „Ob die Summe ausreichend ist, damit die Tierheime funktionieren können, muss noch geprüft werden. Doch im Moment kann die Landesregierung nicht mit Gewissheit ausschließen, dass einzelne Kommunen die Mittel zum Stopfen von Haushaltslöchern zweckentfremden“, kritisierte der LINKEN-Abgeordnete. ■

KURZ UND PRÄGNANT

Straßenbaubeiträge

„Durch Wiederholung falscher Fakten wird die Landesregierung die massiven Probleme bei der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Thüringen nicht lösen. Mit solchen Ablenkungsmanövern lassen sich die Bürger nicht blenden“, erklärte Bodo Ramelow nachdem der Innenminister eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge als nicht möglich bezeichnet hatte, da dem Land dafür Kosten in Höhe von 15 Mrd. Euro entstehen würden. Diese Zahl sei „völlig aus der Luft gegriffen“, sagte der LINKEN-Politiker. Bisher hätten die Gemeinden und Städte rund 600 Mio. Euro für Straßenausbaubeiträge geltend gemacht. Weitere rund 260 Mio. Euro stünden noch in der Schwebe, weil unklar sei, wie die rückwirkende Erhebung gehandhabt werden müsse. Unter Berücksichtigung aller relevanten Daten summiere sich die Zahl auf höchstens 1,5 Mrd. Euro. „Mir ist völlig schleierhaft, weshalb der neue Innenminister an der unsocialen Beitrags-Ideologie festhält und auch noch mit fadenscheinigem Material zu begründen versucht. Offensichtlich ist der Minister weder Herr der Zahlen noch einer ausgewogenen Kommunalpolitik“, so Ramelow. ■

Pflegeheim-TÜV

Die Angaben der Pflegekassen zu den Qualitätskontrollen der Thüringer Pflegeheime beweisen, dass in der Mehrzahl durch das Pflegepersonal eine aufopferungsvolle Arbeit geleistet wird, sagte MdL Jörg Kubitzki. Allerdings zeugten die verhältnismäßig wenigen Kontrollen auch davon, dass „die Voraussetzungen für kontinuierliche Qualitätskontrollen fehlen“. Bisher wurden von den mehr als 300 Einrichtungen in Thüringen nur 132 Pflegeheime bewertet. Wenn der Gesetzgeber regelmäßige Kontrollen festlegt, so müsse auch der Medizinische Dienst der Pflegekassen dazu personell auch in die Lage versetzt werden. Jedoch müssten die Betroffenen auf die Einstufung ihrer Pflegebedürftigkeit oft sehr lange warten. Der LINKEN-Abgeordnete forderte ein neues Heimgesetz für Thüringen. „Nur die gesetzliche Festlegung eines hohen Fachkräfteschlüssels für die stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen gewährleistet eine gute Pflegequalität. Qualität ist nicht zum Nulltarif zu bekommen. Notwendig ist eine angemessene Vergütung der Pflegeleistungen, die die Kosten eines hohen Qualitätsmanagements und eine tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte gewährleistet.“ Laut Kubitzki ist Thüringen nach wie vor das Bundesland mit der geringsten Vergütung für Pflegeleistungen. ■

Dieters kleine Welt – wie Althaus an Legenden strickt

Von „Kommunikationsfehlern“, im Gedächtnis Verhaftetem und einer „möglichen Schuld“

Nach dem glanzlosen Abgang vom Amt des Ministerpräsidenten nutzte Dieter Althaus (CDU) die ihm zur Verfügung stehende Zeit kaum zur kritischen Selbstreflexion. Nach einem schlimmen Jahr ging es wie gewohnt weiter. Als Ursachen der CDU-Wahlpleite benennt Althaus in der „Thüringer Allgemeinen“ „Kommunikationsfehler“. Das ist eine wohlfeile Ausrede und eine anmaßende dazu: man habe nichts falsch gemacht, der Wähler sei zu dumm gewesen.

Auch an anderen Legenden strickt Althaus eifrig, in eigener Sache. In der Rubrik „Mein 9. November 1989“ einer Wochenpostille kam er zu Wort und hatte Erbauliches mitzuteilen: „Dennoch fing dieser Tag ungewöhnlich an. Denn bevor ich zur Arbeit fuhr, warf ich noch schnell einen Brief in den nächstgelegenen Briefkasten am Brückenweg in Heiligenstadt ein. In diesem Brief teilte ich dem Jugendweihenausschuss des Bezirkes Erfurt meinen Austritt aus diesem Gremium mit.“

Die Ereignisse des 9.11., der Brief am Morgen und die Pressekonferenz von Günther Schabowski am Abend, seien, so Althaus, „tief in meinem Gedächtnis verhaftet“. So schön das Bild zu dem passt, das Althaus seit Jahren von sich zeichnet, was immer sich da tief in seinem „Gedächtnis verhaftet“ hat – es stimmt nicht.

Althaus, der Karrierefunktionär im sozialistischen Bildungssystem, teilte dem Bezirksausschuss für Jugendweihe mit Brief vom 9.11. nicht seinen Austritt mit, sondern bat „um einen zentralen Standpunkt“ zur Jugendweihe. Als

Variante schlug er eine „neu zu gestaltende außerunterrichtliche Arbeit an den Schulen“ vor – und nicht, die Jugendweihe „aus den Schulen zu verbannen“, wie er heute behauptet. Er



forderte gar, sie solle „wieder den Inhalt einer marxistisch-leninistischen Weltanschauung haben“. Die Mitarbeiter im Bezirksausschuss sehe er jedoch „kritisch und zeitbegrenzt“. Alles in allem die Rundumabsicherung eines Opportunisten und kein „mutiger Schritt eines noch jungen Lehrers“, wie Althaus sich rückblickend lobt. Zu der Geschichte passt, dass der Beitrag im Wochen-

blatt „Hallo Sonntag im Eichsfeld“ des CDU-Dauerpropagandisten Martin Schiffner erschien.

Während der Vorfall vor allem peinlich ist, mutet ein anderer gespenstisch an. In einem Interview im „Zeit-Magazin“ äußerte Althaus: „Der Besuch der Messe, das Beten, das Bitten um Vergebung hilft mir, mich auf Neues einlassen zu können, ohne tagtäglich mit der Belastung durch eine mögliche Schuld konfrontiert zu sein.“ Dass der wegen fahrlässiger Tötung verurteilte Althaus in dem Interview seine erwiesene Schuld religiös verbrämt als eine „mögliche“ relativiert, ist eines Landtagsabgeordneten, der als Parlamentsmitglied stets eine besondere Verantwortung trägt, unwürdig.

Dazu passt, dass Althaus nur ein Jahr nach seiner Skitour mit tödlichem Ausgang schon Ende Dezember 2009 nicht nur wieder als Skiläufer unterwegs war – sondern sich dabei von der Bild-Zeitung ablichten ließ. Die aus „seinem direkten Umfeld“ kolportierte „Verärgung“ darüber (so die „Thüringer Allgemeine“) wirkt kaum authentisch. Seinen Glauben legt Althaus offenbar ganz speziell aus: in Dieters kleiner Welt ist er sich stets selbst der Nächste.

Stefan Wogawa

Wer sich noch mal ausführlicher auf die „Spuren der Karriere des Dieter Althaus“ begeben will, dem sei das vom Autor Stefan Wogawa im vergangenen Sommer im Greifenverlag zu Rudolstadt erschienene Buch „Vom Sonnenkind zum Sorgenkind“ empfohlen. ■

„Was hat Kommunal-Kombi mit der Hängematte zu tun?“

Fortsetzung von Seite 6

Ina Leukefeld, DIE LINKE:

Herr Baumann, ich bedaure das sehr, das war so ein bisschen auch der Test, wie Sie zu dem stehen, was Sie vor wenigen Wochen hier noch eingefordert haben und was auch in Ihrem Landtagswahlprogramm nachzulesen war. Dort stand nämlich „Landesförderung im öffentlichen Bereich: Für Menschen, deren Integration in den ersten Arbeitsmarkt nicht erreicht werden kann“ und dabei haben Sie ausdrücklich auch auf das Programm „Kommunalkombi“ verwiesen. Jetzt so hinzunehmen, dass die neue schwarz-gelbe Bundesregierung das einfach nicht verlängert und den Auftrag gar nicht anzunehmen, wo Sie ja hier in der Thüringer Landesregierung mit drin sind, es zumindest einzufordern, das befremdet mich schon sehr. (...)

Frank Kuschel, DIE LINKE:

Wir sind uns sicherlich in einer Frage einig, niemand hat ein Patentzept,

wie wir die Langzeitarbeitslosigkeit innerhalb kürzester Zeit bekämpfen.

(Michaela Sojka, DIE LINKE: Man muss es erst mal wollen.)

Aber wir müssen uns die Frage beantworten, ob wir den jetzigen Zustand, der schon über sehr lange Zeit anhält, dauerhaft dulden wollen oder ob wir nicht Arbeit als soziales Grundrecht in dieser Gesellschaft verwirklichen wollen. Da habe ich Zweifel, ob zum Beispiel die FDP das überhaupt will. Und Sie wollen es nämlich nicht, denn Sie brauchen die Arbeitslosen als Drohgebärde gegen die Arbeitnehmer. (...)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch eine abschließende Zahl, gerade auch für die Damen und Herren der FDP. Sie sind neu und wissen das noch nicht so, das hat hier öfters eine Rolle gespielt. In Thüringen gibt es de facto keinen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt, der nicht staatlich gefördert würde - nicht einen. Wir haben uns das mal – da ich ab und zu eine Anfrage an die Landesregierung stelle - ausrechnen las-

sen, 34.000 Euro hat das Land für jeden Arbeitsplatz im verarbeitenden Gewerbe als Zuschuss im Durchschnitt gewährt. Jetzt frage ich mich, warum wir nicht die Hälfte dieses Geldes zum Aufbau von Arbeitsplätzen im soziokulturellen Bereich verwenden. (...)

Thomas L. Kemmerich, FDP:

Noch mal ausdrücklich: wir brauchen keine Drohgebärden. Wir sind die Partei, die Motivation vermitteln möchte, die Leistungsbereitschaft fördert, die Leistungsanreize setzt und sie nicht im Chaos der Sozialistischen Einheitspartei untergehen lässt. Wir wollen die 3 Mio. Arbeitslosen aktivieren. Wir wollen die 3 Mio. Arbeitslosen dazu führen, dass sie, anstatt zuhause zu sitzen und nichts zu tun zu wissen, etwas Sinnvolles für die Gesellschaft tun können. Deshalb wollen wir mit Mitteln die Leistungsanreize deutlich stärken, die Arbeitsaufnahme erleichtern, damit zum Beispiel nicht mehr für 360 Mrd. Euro Schwarzarbeit in Deutschland stattfindet. (...)

Innenminister muss auch Voraussetzungen für NPD-Verbot schaffen

Unterstützung der Fraktion DIE LINKE für Initiative gegen Naziaufmarsch in Dresden

Ihre Unterstützung für das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ haben Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, Martina Renner, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, und weitere Landtagsabgeordnete der LINKEN erklärt. Das Bündnis will am 13. Februar den größten Naziaufmarsch Europas verhindern, der in Dresden geplant ist.

Die Landtagsfraktion will an diesem Tag vor Ort in Dresden sein. Sie ist dazu im Gespräch mit der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, um gemeinsam eine öffentliche Fraktionssitzung unter freiem Himmel zu organisieren. Auch der Bundesvorstand der LINKEN sowie eine Reihe von Landesvorständen unterstützen den Aufruf des Bündnisses, das unter dem Motto „Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg!“ gegen den Aufmarsch der Nazis in Dresden mobilisiert. (*Homepage des Bündnisses „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ www.dresden-nazifrei.de/*).

Angesichts der befürwortenden Haltung des Thüringer Innenministers für ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren hatte Martina Renner, die auch innenpolitische Sprecherin der Fraktion ist, an die Gründe des Scheiterns des ersten Verbotsverfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht erinnert. „Es scheiterte nicht an fehlenden Verbotgründen, sondern an den Zweifeln des Gerichtes an der Staatsferne der NPD. Wenn Innenminister Huber sich für ein neues Verbotverfahren ausspricht, muss er auch

deutlich sagen, dass er für die notwendige Staatsferne zumindest in Thüringen garantieren wird. Ansonsten sind die öffentlichen Verlautbarungen nur fadenscheinige Bekenntnisse.“

Voraussetzung für ein erfolgreiches NPD-Verbotsverfahren sei, dass die Verfassungsschutzämter ihre inoffiziellen Mitarbeiter und V-Leute aus der rechtsextremistischen Partei abziehen. Bislang drücke sich der Thüringer Innenminister um eine klare Aussage, ob Thüringen in dieser Richtung bereit ist, seinen Beitrag zu leisten.

Thüringen als Nazimusikland?

Martina Renner forderte auch ein Ende der Diskussion um die größere Wichtigkeit von Rechts- oder Linksextremismus: „Die Debatte um die notwendige Bekämpfung des menschenverachtenden Rechtsextremismus hat oberste Priorität. Der auf konservativer Seite ausgeprägte Reflex des Fingerzeigs nach Links, wenn über Rechtsextremismus gesprochen wird, verschleiert nur, was alltäglich erfahrbar ist und durch viele Experten bekräftigt wird. Rechtsextreme Ideologie und rechtsextreme Strukturen gefährden sowohl eine grundrechts- und menschenrechtsbasierte Gesellschaft als auch andersdenkende und -lebende Bürgerinnen und Bürger.“

„Thüringen hat sich zum Veranstaltungsort für Nazimusik entwickelt“, stellte Martina Renner mit Blick auf das vergangene Jahr fest: „Mit bisher 35

erfassten rechtsextremen Konzerten wurde die bislang schon erschreckend hohe Zahl von Rechtsrockveranstaltungen in Thüringen deutlich übertroffen.“ Grund dafür sei die deutliche Rücknahme präventiver und repressiver Maßnahmen der Behörden und die Etablierung eines offensichtlich unangestasteten Versammlungsortes in Kirchheim (Ilmkreis).

In keinem der letzten Jahre sei laut Chronik der Mobilien Beratung für Demokratie gegen Rechtsextremismus (Mobit) die Zahl der Konzerte derart hoch gewesen. „Die ehemals auch über die Landesgrenzen hinaus bekannte entschlossene Haltung der Thüringer Behörden gegen Nazimusikveranstaltungen wurde aufgegeben. Es gab kaum ein Konzert, das 2009 unterbunden oder abgebrochen wurde.“ Die Zunahme der Veranstaltungstätigkeit sei auch ein Ergebnis der Erfahrungen in der rechtsextremen Szene, dass man in Thüringen ungestört Rechtsrock-Events organisieren könne. So würden Bands aus Sachsen-Anhalt inzwischen regelmäßig nach Thüringen kommen, da sie vor Ort keine Auftrittsmöglichkeiten finden.

Die zuständigen Behörden und auch die Zivilgesellschaft müssen endlich ein wirksames Vorgehen gegen die etablierten Nazimusik-Großveranstaltungen in Thüringen finden. „Verantwortliche und Bürger dürften sich nicht damit abfinden, dass in Gera das bundesweit größte Nazimusikfestival stattfindet.“

Unterstützung für Kinder-Notruf-Telefon in Erfurt

Für die Alternative 54 e.V., dem Verein von Landtagsabgeordneten der LINKEN zur Unterstützung sozialer Projekte, hat MdL Matthias Bärwolff am 8. Januar eine Spende über vierhundert Euro an das Kinder-Not-Telefon in Erfurt übergeben. Dankend nahm die Leiterin Heidi Kiefer, die auch Vorsitzende des Vereins Kinder-Notruf-Telefon e.V. ist, das Geld an.

Im Gespräch war unter anderem von der Entlassung von Mitarbeitern und einem Mangel an Ehrenamtlichen, die auch die Erreichbarkeit des Telefons sichern, die Rede. Nicht zuletzt die finanzielle Situation des Kinder-Notruf-Telefons stellt den Verein vor erhebliche Probleme. „Christoph Matschie hat im Wahlkampf zwar gemeint, dass er uns auch finanziell unterstützen wol-

le, jedoch ist davon bislang nichts bei uns angekommen“, beklagt sich die Vorsitzende des Vereins. Neben dem Kinder-Notruf-Telefon unterhält der Verein noch eine Kleiderstube sowie ein Kinderspielzimmer, in dem Kinder kurzfristig betreut werden sollen. Hierfür sucht der Verein Helfer, die sich gern für dieses Angebot engagieren wollen.

Die beiden Mitarbeiter am Kinder-Notruf-Telefon sowie der Auszubildende, der derzeit eine Ausbildung zum Bürokaufmann absolviert, freuen sich über jede Art der Unterstützung. „Die LINKE hat uns in all den Jahren, die wir den Notruf betreuen, immer unterstützt und auch die heutige Spende hilft uns bei der Arbeit weiter“, bemerkte Heidi Kiefer.

Lydia Löffler

Im Foto (v.l.): Heidi Kiefer, Vorsitzende des Kinder-Notruf-Telefon e.V., Patrick Schumann, Auszubildender, Marlies Materne, Mitarbeiterin, und der LINKE-Abgeordnete Matthias Bärwolff.

KURZ UND PRÄGNANT

e-Mail-Arbeitskreis

Der Arbeitsbereich Haushalt und Finanzen der Landtagsfraktion DIE LINKE hat einen eMail-Arbeitskreis gegründet, der sich mit Finanzen, Haushalt, Steuern und Geldpolitik befasst. Über den eMail-Verteiler verständigt man sich und tauscht sich aus. Bei Bedarf bzw. bestimmten Anlässen soll es auch mal Treffen in den Räumen der Fraktion geben. Genossinnen und Genossen, die sich an diesem Arbeitskreis beteiligen möchten, senden ihre eMail-Adresse an den Referenten der Fraktion für Haushalt & Finanzen, Andreas Schuster (schuster@die-linke-thl.de). Verantwortlich für den Arbeitskreis sind die haushaltspolitische Sprecherin der Fraktion, Birgit Keller, und der finanzpolitische Sprecher, Mike Huster.

Handlungskonzept notwendig

Vor dem Hintergrund des jüngsten Suizidfalls in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Goldlauter – dem Sechsten innerhalb eines Jahres in Thüringer Gefängnissen –, forderte MdL Ralf Hauboldt erneut „ein grundlegendes und umfassendes Handlungskonzept zur Verhinderung von Suiziden in Thüringer Gefängnissen“. Er kündigte einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion für den Justizausschuss an und machte die Notwendigkeit einer Anhörung von Fachleuten aus Praxis und Wissenschaft deutlich. „Es wäre sinnvoll, wenn Thüringen Vorarbeiten und Konzepte anderer Bundesländer für eigene Aktivitäten kritisch sichtet und nutzt, aber auch auf die Fachkompetenz im eigenen Land zurückgreift, die „trotz der vorhandenen Problemsituationen von der Landesregierung bisher nicht genutzt wurde“.

Laxer Umgang

„Der Fakt, dass im letzten Jahr mehr als 20 Polizisten abgeordnet und mit allen Aufgaben eines Geheimdienstes betraut wurden, spricht keineswegs für eine klare Trennung zwischen Polizei und Nachrichtendienst, wenn man die Maßstäbe des Oberverwaltungsgerichtes zugrunde legt“, sagte MdL Martina Renner. Schließlich seien die Betroffenen auch mit Informationsbeschaffung, Observation und Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel betraut. Die Linksfractionärin bemängelt auch in dieser Frage den Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD. Darin werde zwar einerseits auf eine enge Auslegung des verfassungsrechtlich vorgegebenen Trennungsgebotes verwiesen, andererseits aber eine bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden unter ausdrücklicher Einbeziehung des Landesamtes für den Verfassungsschutz propagiert.



Reichtumsbeschleunigungsgesetz — schlimmster Klientelismus

Bodo Ramelow: Schwarz-Gelber Schuldenirrsinn beschert Kapital-Eliten absurde Steuergeschenke

Angesichts einer Rekord-Schuldenaufnahme des Bundes in Höhe von 85,8 Milliarden Euro erklärte Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag: „Mit dieser Haushaltspolitik auf Pump zerstört Schwarz-Gelb die finanziellen Grundlagen des Sozialstaats.“

Die schwarz-gelbe Bundesregierung habe „den zu erwartenden Super-Gau mit höchstem Schuldenstand bei gleichzeitiger Verankerung einer so genannten Schuldenbremse im Grundgesetz zu verantworten, der künftigen Haushalten heftig auf die Füße fallen wird“. Die generösen Steuergeschenke für Hotelbesitzer und Groß-Erben würden Steuerzahlern schwer auf der Tasche liegen und seien Ausdruck billiger Lobby-Politik. Gleichzeitig müssten die meisten Bürger in den kommenden Jahren unter dem Strich mit weniger Lohn, gekürzten Sozialstandards und rasierten Leistungen der Kommunen auskommen.

Mit Blick auf die gegenwärtige

Finanzsituation des Freistaats und der nun absehbaren Steuermindereinnahmen in Höhe von 140 Mio. Euro für Thüringen und die Kommunen sei das Gesetzeswerk ein „asoziales Steuergeschenk“.

Thüringen hätte klar und eindeutig ‚Nein‘ sagen müssen

„Die schwarz-gelben Schuldenjongleure schämen sich nicht, den Staat für ihre Umverteilungssorgen von unten nach oben ganz offen und schamlos zu gebrauchen. Aus diesem gigantischen Schuldenpaket folgt zwangsläufig, dass viele notwendige Aufgaben des Staates nicht mehr finanziert werden können“, konstatierte Bodo Ramelow.

Vollkommen aus dem Blick gerate bei dieser ungleichen Steuerpolitik die Einnahmeseite. „Dass sich Thüringen im Bundesrat zum so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz,

das im Kern eher ein Reichtumsbeschleunigungsgesetz für Kapital-Eliten ist, nur enthalten hat, ist das vollkommen falsche Signal. Thüringen hätte klar und eindeutig ‚Nein‘ sagen und mit dem Gang nach Karlsruhe ein Maßstäbengesetz für ausgewogene Einnahmen und Ausgaben erzwingen müssen“, so der LINKEN-Oppositionsführer.

Stattdessen steuere die Thüringer Landesregierung ohne eigene Akzente für eine aufgabengerechte Finanzierung die Thüringer Kommunen in die Handlungsunfähigkeit. Bereits jetzt würden viele Gemeinden und Städte an der Schuldenlast ersticken. „Wenn die Thüringer Kommunen dringend notwendige Aufgaben nicht mehr finanzieren können, drohen massive Einschnitte u. a. bei Bibliotheken und Musikschulen, aber auch ein Sterben von Einrichtungen mit sozialen und kulturellen Angeboten. Deshalb ist für berechtigte Proteste von Betroffenen die Thüringer Staatskanzlei die richtige Adresse“, so Bodo Ramelow. ■

Kita-Volksbegehren startet

Während sich der Trägerkreis des Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen auf den Start des Volksbegehrens am 10. Februar vorbereitet, werden aus den Reihen der CDU Störmanöver gestartet. So hieß es von Mike Mohring, CDU-Fraktionsvorsitzender, dass die Elternbeiträge nach einer Kindergartenreform steigen würden.

Die Familienpolitikerin der LINKEN, Margit Jung, bezeichnete das als einen Versuch, vom Krach mit der SPD abzulenken. Trotz all der CDU-Drohmanöver müsse eines tabu bleiben – die Erhöhung der Elternbeiträge nach der Kita-Reform. Die Linksfraktionärin appellierte: „Hände weg von den Elternbeiträgen! Beiträge dürfen nicht zum Ersatzkampfplatz der Rangeleien zwischen CDU und SPD werden.“

„Offenkundig versucht der CDU-Fraktionschef im Landtag durch Tricks die Vorhaben für eine grundlegende und lange überfällige Kita-Reform auf Eis zu legen“, konstatierte die Abgeordnete und erinnerte daran, dass die Forderung nach 2000 neuen Erzieherinnenstellen der Kern des bereits zugelassenen Volksbegehrens für eine bessere Familienpolitik in Thüringen ist.

Nur wenn sich Land und Kommunen aus ihrer Verantwortung stehlen würden, sei ein Anstieg der Kita-Beiträge in der von der CDU beschriebenen Art und Weise zu befürchten. Die jetzt von der CDU geführte Diskussion lässt befürchten, dass es vielmehr darum geht, sich von ihren Zusagen im Koalitionsvertrag zu 2000 neuen Erzieherinnenstellen zu verabschieden.“

Darum bleibt dem Trägerkreis des Volksbegehrens gar nichts anderes übrig als am 10. Februar, dem letztmöglichen Termin, mit dem Volksbegehren zu starten. Damit dies möglichst reibungslos geschehen kann, werden gegenwärtig in den Regionen Informationsveranstaltungen durchgeführt.

Vom 10. Februar bis 9. Juni müssen für ein erfolgreiches Volksbegehren von zehn Prozent aller stimmberechtigten Thüringer Bürger Unterschriften gesammelt werden. ■

Ernst Haeckel: Politisierung der Biologie

Im Darwin-Jahr 2009 spielte er kaum eine Rolle, zu einer eigenständigen Ehrung ist es im 175. Geburts- und 90. Todesjahr nicht gekommen: Um Ernst Haeckel (1834-1919), streitbarer Biologe mit Anspruch auf weltanschauliche Geltung („Monismus“), von seinen Anhängern als „deutscher Darwin“ und „Gegenpapst“ apostrophiert, von den Gegnern als „Affenprofessor“ und „Agent des Satans“ geschmäht, ist es ruhiger geworden – zu Unrecht. Denn es war Haeckel, der die Evolutionstheorie noch vor Darwin öffentlich auf ein Tabuthema anwandte, auf die Entstehung des Menschen.

Keine Frage, mit seinem gerade veröffentlichten Buch „absolute Ernst Haeckel“ schließt der Jenaer Wissenschaftshistoriker Uwe Hoßfeld eine Lücke. Haeckel sei hinsichtlich seiner Wirkung in der Wissenschaft wie in der Öffentlichkeit „einer der Popstars des neunzehnten Jahrhunderts“ gewesen, schätzt Hoßfeld ein, eine jüngere, biologiehistorisch wenig geschulte Biologengeneration kann mit dem immensen Lebenswerk kaum noch etwas anfangen.

Immerhin, die letzte deutschsprachige Haeckel-Biographie ist bereits vor 25 Jahren in Leipzig erschienen (ebenfalls von einer Jenaer Wissenschaftlerin verfasst, von Erika Krauß, akademische Lehrerin von Hoßfeld wie vom Autor des vorliegenden Beitrags). In Westdeutschland muss man noch weiter zurückliegend suchen, 1968 erschien „Der gerechtfertigte Haeckel“ des Zoologen und Anthropologen Gerhard Heberer.

Der Verlag „orange press“ aus Freiburg bewirbt seine originelle „absolute“-Reihe als „Schlüsseldiskurse der

Gegenwart“, die Bücher seien „zeitgemäß, nämlich übersichtlich und mit Originaltexten, Biografie und Interview“. Erschienen sind beispielsweise Ausgaben zu Simone de Beauvoir, Pierre Bourdieu, Noam Chomsky, Karl Marx oder Max Weber. Für das Haeckel-Buch trifft die Verlagsankündigung ganz sicher zu. In vier übersichtlichen Kapiteln wechseln sich von Hoßfeld verfasste, gut lesbare Texte zu Biographie und Wirkungsgeschichte mit längeren Werkausügen zu biologischen wie zu gesellschaftspolitischen Themen ab. Dem Buch kommt zugute, dass es sich bei Hoßfeld um einen ausgewiesenen Experten handelt. Er lehrt heute als Professor für Didaktik der Biologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, hat zahlreiche Bücher und Aufsätze zu Haeckel publiziert und darf als der wohl beste Kenner des Haeckelschen Briefnachlasses gelten.

Breiten Raum nimmt in dem Buch die für Haeckel so charakteristische „Politisierung der Biologie“ ein, in der Hoßfeld einen Ausfluss der Neigung zu „Selbstdarstellung und Selbstüberschätzung“ bei dem Jenaer Gelehrten sieht. Dabei bleiben rassistische Ansätze in Haeckels Denken ebenso wenig ausgespart wie dessen Hinwendung zur Eugenik. Das führte, wie Hoßfeld schlüssig darstellt, zum Versuch der Nazis, Haeckel als ihren „Vordenker“ zu vereinnahmen.

Stefan Wogawa

Uwe Hoßfeld: absolute Ernst Haeckel, Verlag orange press, Freiburg 2009, 224 Seiten, 18,- EUR, ISBN 978-3-936086-40-9 ■

Sozialpauschale

DIE LINKE unterstützt die Forderung der LIGA der Freien Wohlfahrtspflege, dass es in Thüringen nicht zu einem Abbau von sozialen Leistungen kommen darf. MdL Jörg Kubitzki verwies auf die Finanznot der Kommunen, die die Lage der jetzt schon von Armut betroffenen Menschen noch weiter verschlechtert. Er forderte eine soziale Infrastruktur für Thüringen, die am tatsächlichen Bedarf sozialer Hilfen ausrichtet. Deshalb werde DIE LINKE im Landtag einen Vorschlag zur Schaffung einer Sozialpauschale zur weiteren Sicherung von sozialen Angeboten einbringen. In einem ersten Schritt könnten damit 200 sozialversicherungspflichtige und nach Tarif bezahlte Beschäftigungsverhältnisse im Sozialbereich geschaffen und langfristige, tragfähige Netzwerke sozialer Einrichtungen installiert werden. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Annegret Brosemann

Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416

E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de

Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.